

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum:	16. März 2004, 19 Uhr
Ort:	Stadtschloss Moabit, Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32
Moderation:	Susanne Torka, Moabiter Ratschlag Birgit Hunkenschroer, Quartiersmanagement Moabit West
Protokoll:	Burkhard Meise
Teilnehmer:	ca. 30 Personen

Top 1: Veränderungen in Schulen und Horten zum Schuljahr 2005/6 mit Dagmar Hänisch (SPD), Stadträtin für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Frau Hänisch bedankt sich für die Einladung und betont die Wichtigkeit des Themas und die Notwendigkeit, es auch in diesem Rahmen zu diskutieren.

Eine der Reaktionen auf die PISA-Studie ist das Instrument Ganztagsbetreuung, die das Land Berlin umsetzen wird. Frau Hänisch stellt im Folgenden das vom Senat im Dezember 2003 Gesamtkonzept vor.

In Zukunft werden Kinder vor der Einschulung nur noch von Kitas betreut, ab der Einschulung nur noch in der Schule. Bisher waren sowohl aus Gründen unterschiedlicher Traditionen als auch aufgrund unterschiedlicher pädagogischer Einschätzungen die Mischung möglich. Die Vorschulerziehung wird an die Kitas übergehen, die Schulpflicht beginnt künftig mit 5,5 Jahren – bisher lag der tatsächliche Zeitpunkt der Einschulung im Durchschnitt bei 6.9 Jahren.

Das Konzept sieht drei Kategorien von Grundschulen vor:

1. Die verlässliche Halbtags-Grundschule

Dieser Schultyp bietet eine verbindliche Betreuung von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr (Klasse 1 bis 4) bzw. 13.30 Uhr (Klasse 5 und 6) an. Das heißt, es wird auch bei Stundenausfall kein vorzeitiges Schulfrei geben. An diesen Schulen wird kein Mittagessen, sondern nur pädagogische Betreuung angeboten. Die Angebote kann jede Schule nach ihren Möglichkeiten ergänzen.

2. Die offene Ganztagsgrundschule

Nach oder auch vor dem Unterricht werden die Kinder weiter bis 16 Uhr betreut, ein Mittagessen wird angeboten. Diese Betreuung ist kostenpflichtig. Die meisten Schulen sind baulich auf diesen Schultyp, besonders was das Mittagessen angeht, nicht vorbereitet. Die Schulen werden aus 90% Bundesmitteln und 10% bezirklichen Mitteln in den Stand gesetzt, das zu leisten. Es gibt für die Eltern keine Verpflichtung, das Angebot anzunehmen.

3. Die gebundene Ganztagschule

In diesem Schultyp wird bis 16 Uhr unterrichtet, das heißt, das Kollegium muss bis 16 Uhr anwesend sein. Jedes Kollegium kann selbst die dynamischen Abläufe für Unterricht und Freizeit regeln. Der Bezirk Mitte hat insgesamt sechs neue Ganztagschulen beantragt, sie werden wohl alle genehmigt. Sie liegen alle in sozialen Brennpunkten, was auch ein ausdrücklicher Wunsch des Senats war. Das Angebot der gebundenen Ganztagschule ist kostenfrei, nur für das Mittagessen muss etwas bezahlt werden.

Für die neuen auf die Schulen zukommenden Anforderungen sollen die Schulen selbst ein Raumkonzept entwickeln (Frau Hänisch weist darauf hin, dass die Raumvorgaben des Senats sehr rigide sind, Anbauten nicht organisiert werden können und die Einmischung der Eltern auch in dieser Frage wünschenswert ist).

Die Schulen sind aufgefordert, Kooperationen mit Bibliotheken, freien Trägern der Jugendhilfe etc. einzugehen. Die Rahmenbedingungen für Verträge mit freien Trägern für die Hortbetreuung an Schulen sollen bis Mai geklärt sein, hier wird von der Senatsschulverwaltung eine Mustervereinbarung vorbereitet. Frau Hänisch betont, dass sie sich Kooperationen wünscht. Ob es aber zu Kooperationen mit freien Trägern kommt, entscheidet die Schulkonferenz, deren Bedeutung sie noch einmal ausdrücklich hervorhebt.

19.30 Uhr – Diskussion

Zunächst führt die Diskussion zu einigen Präzisierungen:

In der Carl-Bolle-Grundschule wird es für eine Übergangszeit von einem Jahr noch Vorklassen geben, danach nicht mehr.

Der Schultyp Offene Ganztagschule wird erst ab dem Schuljahr 2005/6 eingeführt, nicht bevor die baulichen Voraussetzungen für die Essenseinnahme geschaffen sind.

Die Wartburgschule – als Kombination von Grund- und Sonderschule ein besonderer Schultyp – hat keine baulichen Voraussetzungen für einen Ganztagsbetrieb und muss sich einen Kooperationspartner für die Hortbetreuung suchen. In Frage kommt dabei eine Kooperation mit einem freien Träger oder die Betreuung an einer Nachbarschule. Die Schule soll nur einen Vertragspartner haben, bei einer Kooperation mit mehreren freien Trägern muss sich dieser zu einem Trägerverbund zusammenschließen.

Auf eine Frage nach der Verantwortung der Eltern, weist Frau Hänisch darauf hin, dass es Eltern gibt, die sich nicht oder zu wenig um ihre Kinder kümmern. Die Ganztagschule soll insbesondere auch für diese Kinder ein Angebot sein.

Weitere Fragen gelten den bisherigen Einrichtungen von freien Trägern der Jugendhilfe, der Organisation des Mittagessens, der Ferienzeiten, der Schulkonferenzen und dem Problem der Integration von Migrantenkindern.

Freie Träger

Das in den Schulen für die Betreuung nun notwendige Personal kommt aus den Kitas, da alle Hortplätze an die Schulen verlagert werden. Schülerläden können den Antrag stellen, die Betreuung auf kleine Kinder umzustellen. Es wird weniger Plätze in öffentlichen Kitas geben, denn die freien Plätze in Kitas freier Träger sollen mit Kindern aus bisher öffentlichen Kitas aufgefüllt werden. Herr Thielebeule, Jugendhilfeplaner, sagt, dass bisher keine Schließungspläne für Einrichtungen der Jugendhilfe bekannt sind, niemand weiß bisher, wie weit die neuen Angebote an den Schulen angenommen und genutzt werden. Es sei aber denkbar, dass die freien Träger ihre Angebote umstrukturieren müssten.

Mittagessen

Frau Hänisch sagt, dass nicht in jeder Schule gekocht werden kann, da es nur Geld für Verteilerküchen gibt. Das heißt nicht, dass nur Catering-Firmen in Frage kommen, es können auch Möglichkeiten vor Ort genutzt werden. So ist die Kiezküche für die Region Moabit West schon ins Gespräch gebracht worden. Die Fritzlär-Homberg-Grundschule in Tiergarten Süd verfügt über gute Voraussetzungen, nicht nur für die eigenen Schüler zu kochen, sondern auch andere mit zu versorgen. Dies soll aber nicht mit Personal des Bezirksamts geschehen, ein externer Träger müsste gefunden werden. Auch in dieser Frage wünscht Frau Hänisch sich, dass alle Beteiligten aktiv werden: „denken Sie sich was aus.“

Ferienzeiten

Frau Hänisch sagt, dass die Bedarfe in den Ferien nicht so groß sind, dass alle Schulen eine Betreuung anbieten werden. Es wird wie jetzt in den öffentlichen Kitas geregelt, dass Schwerpunktschulen gebildet werden, die die regionale Versorgung sicherstellen.

Schulkonferenz

Frau Hänisch weist mehrfach darauf hin, welche Bedeutung die Schulkonferenz als Entscheidungsgremium in Zukunft hat. Die Schulkonferenz besteht - wie bisher - aus vier SchülerInnen, vier Eltern, vier LehrerInnen; dazu kommt die/der Schulleiter/in und ein schulfremdes Mitglied. Frau Hänisch nimmt die Anregung, dass dort auch ErzieherInnen vertreten sein sollten, was laut Schulgesetz nicht vorgesehen ist, dankbar auf.

Integration von Migrantenkinder

Die Frage zu diesem Thema zielt besonders darauf, ob das neue Schulgesetz Quoten für die Verteilung von Migrantenkindern vorsieht.

Frau Hänisch verneint das und sagt, es gibt die politische Zielsetzung, die Kinder, die hier leben, auch hier einzubinden. Eine Quote von beispielsweise 20% Migrantenkindern pro Klasse ist nicht zu erreichen, nicht im Kiez, nicht im Bezirk und nicht in Berlin. Ferner weist sie darauf hin, dass ihrer persönlichen Einschätzung nach gerade in sozialen Brennpunkten die Schulen sich aktiv, innovativ und auch erfolgreich den besonderen lokalen Anforderungen stellen. Dies hängt häufig auch von der besonderen Bereitschaft ab, die Schulleiter und Kollegien mitbringen, die sich für eine Schule im sozialen Brennpunkt entscheiden.

Frau Torcka dankt Frau Hänisch für die Informationen und die Diskussion.

Ende des ersten Teils um 20.10 Uhr – 10 Minuten Pause.

Top 2: Berichte über Aktivitäten

Zunächst lädt Maria H., eine Anwohnerin, zu einer für den 2. April geplanten **Protestveranstaltung** „gegen die verschiedenen Kürzungen, die hier durchgezogen werden“ vor den Toren des Turbinenwerks in der Huttenstraße ein. Schon am 17. März findet um 17 Uhr im IG-Metall-Haus ein Vorbereitungstreffen statt.

Dann geht es um die **Vorbereitung von drei Besuchen im Beusselkiez:**

1. Am 27. April folgt der **BVV-Ausschuss für Bürgerdienste und Interkulturelle Angelegenheiten** der Einladung des Stadtteilplenums; um 17.30 Uhr startet ein Rundgang durch den Kiez mit anschließendem Imbiss, um 19 Uhr schließlich will man sich im Nachbarschaftstreff in der Rostocker Straße 32 zu einer Diskussion zusammen setzen. Das Treffen wird **vorbereitet im „Polit-Talk“ am 30. März um 19 Uhr** ebenda.

2. Am 19. Mai besucht der **Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit** zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr den Beusselkiez auf Initiative der örtlichen SPD. Daran kritisiert ein Teilnehmer die Tageszeit, weil die Bewohner vormittags arbeiten, und dass die Bewohner in die Vorbereitung des Treffens nicht einbezogen werden. Andreas Pape und Jutta Leder, beide MdA, erläutern, wie es zu der Verabredung kam und dass auch die Senatskanzlei Vorstellungen von einem solchen Treffen entwickelt. Man einigt sich darauf, dass Frau Leder und Herr Pape sich mit der Gruppe „Polit-Talk“ treffen werden.

3. Der **BVV-Ausschuss für Sanierungs- und QM-Gebiete** tagt am 16. Juni hier vor Ort. Helmut Rösener vom QM Moabit West sagt, dass es auch hier zunächst einen Rundgang geben wird und das QM gefordert sein wird, den Routenverlauf festzulegen. Er weist auch darauf hin, dass es sich um eine routinemäßige Sitzung des Ausschusses handelt, in dem Moabit West lediglich das Schwerpunkt-Thema sein wird.

Einladung

Claus Heintz lädt ein zum 26. März, 18.30 Uhr – da wird er berichten, welche Erfahrungen die sich um die **Treffbelegung** bemühende Gruppe mit den ersten Veranstaltungen gemacht hat. Die Gruppe will weiter arbeiten. Es soll überlegt werden, ob und wenn ja welche Mittel und Unterstützungen beantragt werden können.

Top 3: Verschiedenes / Aktuelles

Das Haus **Gotzkowskystraße 21 wurde abgerissen**. Mandy Adam vom Stadtplanungsamt berichtet über die Hintergründe. Das Haus wurde erworben, um es in das Hotelkonzept des Nachbarhauses mit einzubeziehen. Das ließ sich nicht realisieren. Der Antrag auf Abriss war planungsrechtlich nicht zu versagen. Der Bezirk hält an der Umsetzung des Uferwanderweges fest und führt entsprechende Verhandlungen mit dem Eigentümer.

Birgit Hunkenschroer teilt mit, dass der **Fördervertrag für die Sanierung des Hauses Rostocker Straße 36** unterzeichnet worden ist, der neue Eigentümer aber noch auf die notarielle Eigentumsübertragung wartet. Ein Teilnehmer bittet, zu verhindern, das Erdgeschoss gewerblich nutzen zu lassen, da sowieso zu viele Ladenräume leer stünden und am Ende nur ein weiteres Wettbüro einzieht, in das kein Deutscher hinein kommt. Frau Hunkenschroer weist darauf hin, dass die Alternative zur gewerblichen Nutzung in diesem Falle Wohnnutzung wäre, die im straßenseitigen Erdgeschoss voraussichtlich auch nur zur Leerstand führt. Dem Eigentümer kann daher aus städtebaulichen Gründen die gewerbliche Nutzung an dieser Stelle nicht versagt werden, aber es wird versucht mit dem Eigentümer über diese Problematik zu sprechen.

Kommunale Beschäftigung Mitte

Hierbei geht es um 820 Stellen zur Beschäftigung und Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern. Es gab ein Ausschreibungsverfahren für Beschäftigungsträger welches federführend von Sozialstadtrat Hanke durchgeführt wurde. Sechs verschiedene, ausschließlich gebietsfremde Träger sind dabei. Helmut Rösener betont, dass das QM nicht in das Ausschreibungsverfahren einbezogen war. Er sagt, dass auf lokale Strukturen, die schon positiv gegriffen haben, nicht aufgebaut wurde.

Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für das Soziale-Stadt-Programm 2004 bis 2008

Projektvorschläge müssen bis zum Freitag, dem 16. April (allerspätestens jedoch bis Samstag, den 17.4. 2004 11 Uhr) im Vor-Ort-Büro des QM, Rostocker Straße 3 eingereicht werden. Helmut Rösener erläutert, dass aus haushaltsrechtlichen Gründen die Mittel in kurzer Zeit gebunden sein müssen. Das heißt, dass in den nächsten vier Wochen Ideen entwickelt und präzisiert und schon im nächsten Stadtteilplenum diskutiert werden müssen. Herr Rösener schlägt vor, die **Entscheidungsfindung** nicht in der gleichen Art vorzunehmen, wie im letzten Jahr, da viele aus dem Plenum mit der eigenen Entscheidung hinterher unzufrieden gewesen waren. Es gibt verschiedene Ideen, z.B. arbeiten in Arbeitsgruppen und Punktevergabe. Vorbereitet wird die Modalität der Entscheidung am 23. März um 19 Uhr im Nachbarschaftstreff.

Herr Rösener verteilt Antragsformulare, die das QM entwickelt hat, damit Projekte in möglichst einheitlicher Form dargestellt werden. Mehrere Mitglieder der Bürgerjury schlagen Änderungen vor. Dabei geht es vor allem um Übersichtlichkeit, so darum, deutlicher unterscheiden zu können, wer der Antragssteller und wer der Träger eines beantragten Projektes ist.

Verschiedenes

Frau Hunkenschroer teilt mit:

Für eine neue Sozialstudie läuft seit dem 15. März eine Haushaltsbefragung im Beusselkiez.

Für die im Herbst letzten Jahres beratenden Projekte des Sondertopfes für öko-soziale Maßnahmen können die Mittel nun ausgereicht werden. Hieraus kann auch die von der Hunde-AG geplante Aufstellung von Hundekot-Sammelbehältern finanziert werden. Die

Entscheidung, welche Standorte diese finden sollen, wird auf der nächsten Hunde-AG-Sitzung diskutiert. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich einzumischen.

Das Service-Zentrum in der Turmstraße 60 feiert am 25. März 2004 um 15 Uhr in seinen Räumen in Anwesenheit von Bezirksbürgermeister Zeller und Sozialstadtrat Hanke sein zweijähriges Bestehen. Engagierte Bewohner des Quartiers sind herzlich eingeladen.

Die Baumaßnahmen Neues Ufer beginnen im Frühjahr 2004. Im nördlichen Teil rund um den Schulwürfel ist die S.T.E.R.N. GmbH Bauträger, das südlich gelegene Gelände wird das Grünflächenamt umgestalten, Baubeginn hierfür ist der Sommer 2004 - vorbehaltlich eines gültigen Haushalts.

Ein Teilnehmer weist auf verschiedene Demonstrationen hin:

Am 17. März gegen den Doppelhaushalt des Landes Berlin.

Am 20. März gegen die Irak-Politik der USA.

AM 2./3. April - eine bundesweite Großdemonstration gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung.

Ende der Veranstaltung um 21.30 Uhr